

Kleine Anfrage 2444

der Abgeordneten Iris Schülzke
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Arbeitsfähigkeit der Schlichtungsstelle für Bergschadensbetroffene

In der Öffentlichkeit sowie auch in den Landtagssitzungen wird seit Jahren über die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Bergschadensbetroffene diskutiert und diese eingefordert. Zuletzt wurde in der Plenarsitzung am 15.07.2016 dem Entschließungsantrag der Regierungskoalition aus SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE zur Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Bergschadensfälle mehrheitlich zugestimmt (siehe Drucksache 6/4624(ND)-B). Nach geltendem Recht ist ein Grundstückseigentümer vor Gericht in der Beweispflicht gegenüber dem Bergbaubetreiber, wenn er auf Entschädigung für einen erlittenen Bergschaden klagt. Die nötigen Unterlagen dafür als Beweismittel fehlen oftmals, ebenso die finanziellen Mittel. In den Kommunen senken sich Straßen bedenklich ab und müssen immer wieder mit hohem finanziellem Aufwand befahrbar gehalten werden. Anfragen von Bürgern werden nicht beantwortet, so die Mitteilungen der Presse.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welcher Arbeitsstand ist hinsichtlich der Schlichtungsstelle erreicht? (Wo befindet sich der Sitz, wer arbeitet mit, wie viele Anfragen sind eingegangen und inzwischen bearbeitet?)
2. Mit welchen finanziellen Mitteln ist bzw. wird die Schlichtungsstelle ausgestattet?
3. Welche Festlegungen wurden bisher im Wirtschaftsausschuss zur Arbeit der Schlichtungsstelle getroffen?
4. Wann können die Gemeindevertreter aus Schenkendöbern mit einer Antwort auf ihr Schreiben von Anfang Dezember 2016 rechnen?
5. Welche Möglichkeiten haben die Bürger, die in Tagebaugebieten wohnen, sich qualifiziert bautechnisch und ohne enorme Kosten beraten zu lassen, wenn sie an ihren Häusern oder Straßen Schäden, die fremdverursacht sind, feststellen?